

Das Schiff Europa: Über eine Kippfigur der Integration

Staatenbund oder Bundesstaat oder etwas Drittes? So wird seit langem über das Wesen der Europäischen Union gestritten, inzwischen auch vor Gericht. Eine politologische Bilderkunde dieses Streits ums Ganze.

Von Stephan Leibfried

Sie sehen zwei zunächst ganz ähnliche Bilder: Staatsschiffe. Beide setzen bei einer Vorstellung von kompakter Staatlichkeit an, die schon viele Jahrhunderte vor Christi Geburt bestand und die sich bis heute tief im kollektiven Gedächtnis erhalten hat. Im alten Griechenland und Rom bildeten sich Territorien maritimer Herrschaft, und dabei wurden Staatsbildung und Schiffführung metaphorisch eins: „Government“ kommt vom lateinischen „gubernare“ und das vom griechischen „kybernaein“: dem Ruder, dem Steuer eines Schiffs, der „Herrschaft auf Booten“. Dagegen steckt im deutschen Wort „Staat“ das lateinische „stare“, das deutsche „stehen“ und das mittelalterliche Zum-stehen-Kommen des Heeres, der Verwaltung, des Herrschers, umgeben von einer Stadtmauer. Schon sprachlich ist also die Metapher „Staatschiff“ eine Melange aus Mobilität und Stabilität, aus Bewegung und Einheit.

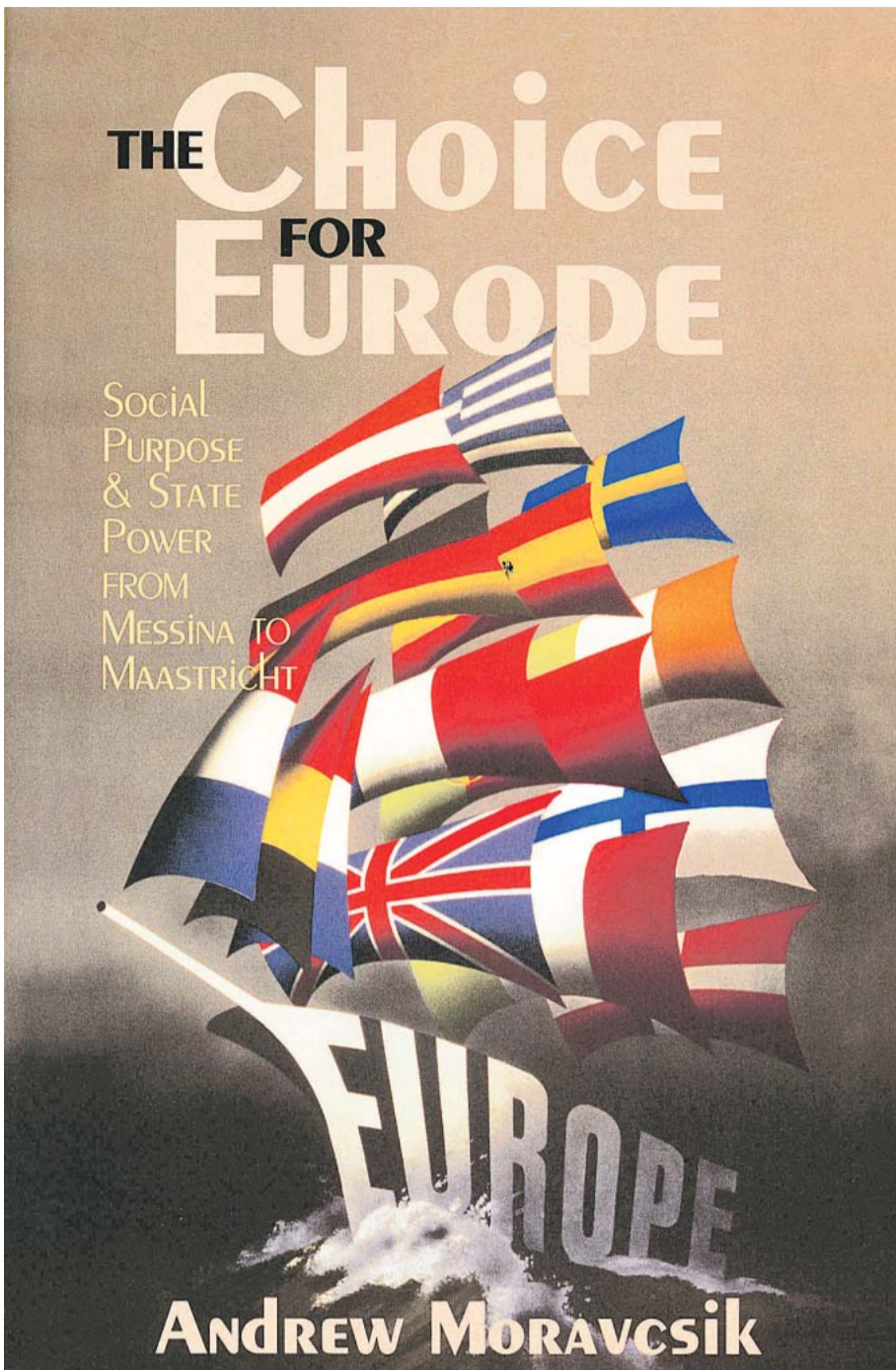
Das Ausgangsbild stammt aus dem Herbst 1950, das variierte Bild aus dem Jahr 1998. Das Ausgangsbild erstellte ein Niederländer, Reijn Dirksen (1924 bis 1999). Er gewann mit diesem Staatsschiff den ersten Preis eines europaweiten Plakatwettbewerbs zur „Intereuropäischen Zusammenarbeit für bessere Lebensbedingungen“, 1500 Dollar, 1950 sehr viel Geld. Den Wettbewerb auslobte hatte die amerikanische Marshall-Plan-Behörde – also die OEEC in Paris, heute zur OECD geworden – für ihr „Europäisches Wiederaufbauprogramm“ (ERP). Das deutsche, nationale Siegerplakat zeigt einen Koch, der in ein Fahngewand gekleidet ist und mit seinem hölzernen Kochlöffel in einem riesigen ERP-Topf kocht, einer Art Gulaschkannone. Dieses Plakat bildetort die deutsche Hoffnung auf ausreichend Nahrung, später dann auf Konsum im Binnenmarkt. (Weitere prämierte Plakate unter <http://library.marshallfoundation.org/posters/library/posters/marshall.php>).

Reijn Dirksen schuf ein ahnungsvolles Werbeplakat für den Marshall-Plan: Der Schiffskörper „Europa“, mit fünfzehn Nationalflaggen als gebälhten Segeln versehen, taucht langsam aus dem Nebel auf – nur das „Euro“ ist sichtbar, das „pa“ verschwindet im Dunst – und plüft rasend durch die stürmische See. Die Unterschrift lautet: „Alle unsere Farben (Flaggen) auf die Masten“. Drei Flaggen überraschen heute: die Türkei, Island und Norwegen. Island ringt nach seinem Fast-Staatsbankrott mit einem Antrag auf Mitgliedschaft. Anders, aber formell ebenso die Türkei, die für Dirksen schon 1950 selbstverständlich dazugehörte, was wir heute trotz riesiger Schritte seither eher in Frage stellen.

Diese Grafik entstand etwa acht Monate vor der Gründung der Montanunion (EGKS) im April 1951. Der französische Außenminister Robert Schuman hatte eine EGKS erstmals im Mai 1950 in einer Rede öffentlich vorgeschlagen. Das Plakat entstand also, unmittelbar vom Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit geprägt, weit vor der Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1957 und auch weit vor dem Untergang der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954, die noch mehr Europa-Staat gebracht hätte. Europa lag schlicht in der Luft.

Das ungeheuerliche F-Wort

Bei dem zweiten Bild handelt es sich um den Umschlag für Andrew Moravcsik's Buch „The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht“, 1998 veröffentlicht. Dirksens Plakat wird leicht umgezeichnet: Der Nebel ist verflögen, das Schiff Europa ganz sichtbar geworden, und bei genauerem



Hinsehen sind die drei gerade erwähnten Fahnen gegen Spanien, Schweden und Finnland ausgetauscht worden. Und 1998 hatte die Europäische Union (EU) gerade fünfzehn Mitgliedstaaten. Moravcsik, der in Princeton lehrt und dessen Ehefrau Anne-Marie Slaughter nun in Obamas Regierung im Außenministerium als „director of policy planning“ arbeitet, vertritt in seinem „Klassiker auf Anhieb“ prominent die These: Die EU ist ein schlichter, normaler Staatenbund, so wie Nafta und Asean, sie hat nie Staatsqualität besessen. Zur Illustration seiner Theorie, die sich gegen das Supranationale richtet, bedient sich der Autor aber interessanterweise der historisch ausgeprägtesten Staatsmetapher, die wir kennen, eben des Staatsschiffs. Das passt in diese Wendezeit.

Das Schiffsbild von Dirksen und Moravcsik enthält alle Deutungen, die man von der Natur der europäischen Integration geben kann. Sie alle spielen auch in dem laufenden Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht eine Rolle, bei dem die Beschwerdeführer darauf zielen, den Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007 zu Fall zu bringen, was den Prozess der europäischen Integration zunächst zum Stillstand brächte. Das Urteil wird demnächst fallen. Vier Deutungsmöglichkeiten bieten sich an:

Man betrachtet Europa, erstens, vom Schiffskörper her. Dann stützt man sich auf die alteuropäische Metapher „Staatschiff“, stößt auf eine ausgeprägte Staatsqualität, sieht einen Bundesstaat, und sei es nur einen im Werden begriffenen – auch wenn das Bundesstaatliche seit den achtziger Jahren immer öfter geleugnet werden musste, um das seit Margaret Thatcher tabuisierte „F-Wort“ zu vermeiden. „F“ heißt hier Föderalismus. In dieser bundesstaatlichen Finalität rückt die Natur des Verbands das Wie der Verbindung zwischen Mitgliedstaat und EU in den Vordergrund, und die Europäischen Verträge werden weit und bundesgünstig ausgelegt. So die lange Praxis des Europäischen Gerichtshofs.

In der zweiten Deutung versteht man Europa von den Fahnen her. Dann sieht man das Gebilde als Staatenbund. Die Souveränität der nationalstaatlichen „Herren der Verträge“ darf nicht (übermäßig) beschädigt werden. So sehen es die Beschwerdeführer vor dem Bundesverfassungsgericht. Hier rückt das Defensiv, die Abwehr europäischer Übergriffe „auf uns“ Nationalstaatler in den Vordergrund – an die Teilnahme an Europa wird nicht gedacht. Die Verträge sind eng auszulegen. Die Finalität besteht nun in größtmöglicher Bewahrung des Nationalstaates und seiner Souveränität.

Man kann nun, drittens, versuchen, das ganze Bild positiv zu verstehen, also Schiffskörper und Segel als eine neue komplizierte Einheit zu sehen. Blickt man von ferne auf dieses Schiff, kippt das Bild: Schaut man, wie Andrew Moravcsik, auf die hohe Politik, das Verhandeln und Schließen der Europäischen Verträge, dann sieht die EU wie ein Staatenbund aus. Hier wirken die Herren der Verträge. Man sieht gewissermaßen vor lauter Fahnen kein Schiff mehr. Schaut man aber auf die niedere Politik, die Rechtssetzung, die Brüsseler Verwaltung und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in Straßburg, dann funktioniert die EU wie ein Bundesstaat. Man sieht nun vor lauter Schiff keine Fahnen mehr.

Das Ganze ist also ein janusköpfiges Gebilde. Damit rückt die Verflechtung von „niedrig“ und „hoch“, das Mehr-Ebenen-System, ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Eine weite Vertragsauslegung liegt nahe, die sich am gemeinschaftsbezogenen Erhalt des Mehr-Ebenen-Systems orientiert, am Gemeinschaftsverbund. Bei diesem Verständnis werden Umfang wie Art etwaiger nationalstaatlicher „Notbremsen“, wie sie das Bundesverfassungsgericht demnächst möglicherweise umreißen wird, entscheidend dafür sein, wie positiv sich das Integrationsbild in Deutschland zukünftig lesen lässt. Wenn, dann müssten die Bremsen selbst zu mitgestaltenden Elementen im Verbund, zur Mitsteuerung, umgedacht werden, also selbst zu einem konstruktiven Element der Integration werden. Nicht die „Solange“-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1974 und 1986 – kurz: „Solange kein europäischer Grundrechtskatalog, so lange Einzelfallprüfung der Übereinstimmung von europäischem und deutschem Recht“ –, sondern eine „Mittun“-Entscheidung wäre 2009 angesagt. Europa-Politik ist ja inzwischen nicht mehr allein eine Domäne der Europa-Politiker in Brüssel. Sie

Zentaur oder Chimäre?

Das Ganze ist also ein janusköpfiges Gebilde. Damit rückt die Verflechtung von „niedrig“ und „hoch“, das Mehr-Ebenen-System, ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Eine weite Vertragsauslegung liegt nahe, die sich am gemeinschaftsbezogenen Erhalt des Mehr-Ebenen-Systems orientiert, am Gemeinschaftsverbund. Bei diesem Verständnis werden Umfang wie Art etwaiger nationalstaatlicher „Notbremsen“, wie sie das Bundesverfassungsgericht demnächst möglicherweise umreißen wird, entscheidend dafür sein, wie positiv sich das Integrationsbild in Deutschland zukünftig lesen lässt. Wenn, dann müssten die Bremsen selbst zu mitgestaltenden Elementen im Verbund, zur Mitsteuerung, umgedacht werden, also selbst zu einem konstruktiven Element der Integration werden. Nicht die „Solange“-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1974 und 1986 – kurz: „Solange kein europäischer Grundrechtskatalog, so lange Einzelfallprüfung der Übereinstimmung von europäischem und deutschem Recht“ –, sondern eine „Mittun“-Entscheidung wäre 2009 angesagt. Europa-Politik ist ja inzwischen nicht mehr allein eine Domäne der Europa-Politiker in Brüssel. Sie

wird im Alltag auch in Madrid, Berlin oder Dublin mitgemacht. Teilt man diese Sicht, so muss sich eine Deutung immer noch zwischen Übergangsstadium und Dauerzustand festlegen. Man kann die EU als Übergangssphänomen sehen, so wie es die Vereinigten Staaten von Amerika im neunzehnten Jahrhundert waren: Sie endeten zwar nach dem Bürgerkrieg als Bundesstaat, begannen aber 1787 als unsicherer, bald ein Jahrhundert lang schwankender Kantonnist zwischen Staatenbund und Bundesstaat. Dann würde man an einen bundesstaatlichen Finalität festhalten. Oder man sieht die EU als „sui generis“, als einen staatsartigen Dauerzustand „der dritten Art“, als ein stabiles Etwas im Jenseits von Staatenbund und Bundesstaat. Dann sind alle alten Finalitäten aufgegeben, an ihre Stelle tritt die Bewahrung von Andersheit.

Das ganze Bild lässt sich, so die vierte Deutung, bei bemühter Anstrengung und logisch vollständig auch negativ auslegen, eben als ein widersprüchliches Mischwesen, als Chimäre: Zwei Dinge, die miteinander unvereinbar sind – nationale Segel und supranationaler Schiffskörper –, wurden in dieser Sicht aus der Nachkriegszeit heraus in einer einzigen Konstruktion zusammengezwungen. Ein solches Schiff ist eigentlich nicht seetauglich. Hier rückt die EU als reiner Nachkriegs-Notanker gegenüber dem Ostblock in den Vordergrund. Mit dem Zerfall des Ostblocks seit 1990 kann dann auch die EU als dem Untergang geweiht, die Integration als massiv bedroht beziehungsweise als eigentlich überflüssig angesehen werden. Hier wird das Staatenbund-Denken noch einmal destruktiv zugespitzt, eine Deutung, die wir vielleicht eher im rechten, nationalistischen Parteispektrum deutlich ausgeprägt finden. Die Finalität besteht zunächst in der Abwehr des Kommunismus, dann in der inneren Erschöpfung.

Historisch betrachtet bestimmte die erste Sichtweise, die bundesstaatliche Finalität Europas, die Geburt der EG. Man mag dies als moralische Hintergründökonomie, als das europäische Prinzip Hoffnung ansehen, das die Grafik von Reijn Dirksen 1950 zentral prägt: nach zwei Weltkriegen ein neuer, für alle verbindlicher Weg nach vorn, gegen alle Widerstände und befördert durch die Vereinigten Staaten. Das war auch das christdemokratische Pro-



„Fährt ein Schiffelein übers Meer, schaukelt hin und schaukelt her, kommt ein großer Sturm, fällt das Schiffelein um“ – für Kinder zum Einschlafen, für Politiker zum Aufwachen. Die Metapher vom Staatsschiff steckt voller Paradoxien. Fotos Archiv

wird im Alltag auch in Madrid, Berlin oder Dublin mitgemacht.

Teilt man diese Sicht, so muss sich eine Deutung immer noch zwischen Übergangsstadium und Dauerzustand festlegen. Man kann die EU als Übergangssphänomen sehen, so wie es die Vereinigten Staaten von Amerika im neunzehnten Jahrhundert waren: Sie endeten zwar nach dem Bürgerkrieg als Bundesstaat, begannen aber 1787 als unsicherer, bald ein Jahrhundert lang schwankender Kantonnist zwischen Staatenbund und Bundesstaat. Dann würde man an einen bundesstaatlichen Finalität festhalten. Oder man sieht die EU als „sui generis“, als einen staatsartigen Dauerzustand „der dritten Art“, als ein stabiles Etwas im Jenseits von Staatenbund und Bundesstaat. Dann sind alle alten Finalitäten aufgegeben, an ihre Stelle tritt die Bewahrung von Andersheit.

Das ganze Bild lässt sich, so die vierte Deutung, bei bemühter Anstrengung und logisch vollständig auch negativ auslegen, eben als ein widersprüchliches Mischwesen, als Chimäre: Zwei Dinge, die miteinander unvereinbar sind – nationale Segel und supranationaler Schiffskörper –, wurden in dieser Sicht aus der Nachkriegszeit heraus in einer einzigen Konstruktion zusammengezwungen. Ein solches Schiff ist eigentlich nicht seetauglich. Hier rückt die EU als reiner Nachkriegs-Notanker gegenüber dem Ostblock in den Vordergrund. Mit dem Zerfall des Ostblocks seit 1990 kann dann auch die EU als dem Untergang geweiht, die Integration als massiv bedroht beziehungsweise als eigentlich überflüssig angesehen werden. Hier wird das Staatenbund-Denken noch einmal destruktiv zugespitzt, eine Deutung, die wir vielleicht eher im rechten, nationalistischen Parteispektrum deutlich ausgeprägt finden. Die Finalität besteht zunächst in der Abwehr des Kommunismus, dann in der inneren Erschöpfung.

Historisch betrachtet bestimmte die erste Sichtweise, die bundesstaatliche Finalität Europas, die Geburt der EG. Man mag dies als moralische Hintergründökonomie, als das europäische Prinzip Hoffnung ansehen, das die Grafik von Reijn Dirksen 1950 zentral prägt: nach zwei Weltkriegen ein neuer, für alle verbindlicher Weg nach vorn, gegen alle Widerstände und befördert durch die Vereinigten Staaten. Das war auch das christdemokratische Pro-

gramm der europäischen Gründergeneration. Erst mit der durchgreifenden Wirksamkeit des Binnenmarktprogramms unter Jacques Delors gewinnt der „Herrenstandpunkt“ der Staatenbündler markant an Bedeutung, beginnt sich der alte, streng föderalistische Impetus zu verlieren. In einer ausweichenden Seitwärtsbewegung wird dann seit den achtziger Jahren jenseits des alten juristischen Vokabulars vor allem in der Politikwissenschaft der Blick auf ein Mehr-Ebenen-System frei. Es kommt also die dritte Sichtweise zum Tragen, die mit Stanley Hoffmann auf „pooled sovereignty“, eben auf die faktisch vernetzten und vernetzten Souveränitäten, abstellt.

Und seit den neunziger Jahren wird zugleich erstmals sichtbar, dass die EU nicht nur den Weg nach vorn und vorübergehende Zeiten des Stillstands, der „Sklerose“, kennt. Auch der Weg zurück, die Rückentwicklung zur Freihandelszone bis hin zur heute abgestorbenen Efta von 1960, der Gegenrichtung zur EG, oder bis hin zum Austritt, wird in der vierten Sichtweise erstmals denk- und greifbar. In dieser Zeit, am 13. Januar 2006, wurde Angela Merkel das Plakat von Reijn Dirksen als Gastgeschenk in Washington von Amerikanern überreicht – vielleicht als Ermunterung an die deutsche Regierung, sich an die früheren europäischen Möglichkeitsräume zu erinnern. Aus dieser schwierigen Integrationszeit stammt auch die funktionell umgepolte Buchillustration von Andrew Moravcsik.

Angesichts der globalen Herausforderungen von Finanz- und Wirtschaftskrise sollte doch Europa wieder und verstärkt in der Luft liegen. Oder würde der größte Binnenmarkt der Welt politisch handlungsunfähig werden, wenn es darauf ankäme, eine scharfe europäische Regulierung und einen „European New Deal“ gegen die Doppelkrise zu setzen? Das Plakat von Reijn Dirksen könnte uns heute zu produktiven neuen oder zu grundständig renovierten alten Deutungen provozieren. Die logischen Räume möglicher Bedeutungen sind begrenzt. Das gilt für Brüssel wie für Berlin – es gilt aber auch für Karlsruhe, nur wird es einer Deutung in den nächsten Monaten nicht gut ausweichen können.

Stephan Leibfried lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bremen und ist Sprecher des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“.

Guy Debords Nachlass

Spektakel

Vor dreißig Jahren war sein Gesicht auf den Fahndungsaffichen in den Polizeistellen und an den Grenzübergängen zu sehen. Heute wird der intellektuelle Gangster Jacques Mesrine auf hundertmal größeren Plakaten verehrt. Am vergangenen Wochenende wurde Vincent Cassel für seine Darstellung von Mesrine im Film als bester Schauspieler des Jahres ausgezeichnet. Aus dem Volksfeind Nummer eins hat die Gesellschaft einen Volkshelden gemacht. Der Kult um Mesrine als Lehrstück des Situationismus findet seine Entsprechung im Umgang des Staats mit dem Nachlass seines subversivsten Theoretikers Guy Debord.

Die zwei Filme über Mesrine beruhen auf den Memoiren von Mesrine. In deutscher Übersetzung erschienen sie unter dem Titel „Der Todestrieb: Autobiographie eines Staatsfeindes“. Jean-Paul Belmondo hatte die Filmrechte, um die sich auch Alain Delon bemühte, gekauft. Patrick Modiano sollte das Drehbuch schreiben. Für die Regie interessierte sich Jean-Luc Godard – doch Belmondo weigerte sich. In der Presse bekriegten und beschimpften sich Godard und sein einstiger Lieblingsschauspieler. Aus dem Gefängnis riet Jacques Mesrine, noch ein bisschen zu warten, noch sei die Geschichte nicht zu Ende. Ein paar Tage entkam er aus dem Hochsicherheitsstrakt. Er wollte zunächst seinen Verleger entführen, dem er vorwarf, die Auszahlung seiner Autorenhonoreare zu blockieren. Es war seine letzte Flucht – Jacques Mesrine wurde am 2. November 1979 in seinem Auto an einer vielbefahrenen Straßenkreuzung in Paris von der Polizei regelrecht exekutiert.

Seine Renaissance auf der Leinwand rückt auch Guy Debord ins Zentrum des Interesses: Er wird als Ghostwriter Mesrines und mutmaßlicher Verfasser des Buchs „Todestrieb“ gehandelt. Aus seinem Nachlass allerdings hat Guy Debord alle entsprechenden Hinweise entfernt. Vor seinem minutiös geplanten Selbstmord im November 1994 hatte der Theoretiker, der nie ein Interview gewährte, seine Papiere sorgfältig geordnet und alles, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, systematisch verbrennt. In den vergangenen Jahren interessierte sich kaum jemand für die Hinterlassenschaft. Doch jetzt wollte die amerikanische Universität Yale den Nachlass kaufen.

Guy Debords Witwe war stets in vorbildlicher Weise darauf bedacht gewesen, den Nachlass in seiner Gesamtheit zu erhalten und der Forschung zugänglich zu machen. Nicht der Preis – man spricht von mehreren Millionen Euro – hat sie zum Verkauf bewegen. Für Alice Debord war in erster Linie das Konzept der Amerikaner ausschlaggebend. Denn Yale versprach, den französischen Gesellschaftskritiker zum Mittelpunkt eines Zentrums der Avantgarde zu machen. Schon für den kommenden Herbst waren eine Ausstellung und ein Kolloquium geplant.

Im Vorfeld betraute Alice Debord drei Experten mit der Erstellung eines Inventars. Benoît Forget, der die Verhandlungen mit Yale führte, spricht von einem Nachlass, wie man ihn selten antreffe: reichhaltig und wohlgeordnet. Er umfasst das Original der „Gesellschaft des Spektakels“ und enthält Notizen, Drehbücher, Fotos sowie die lückenlose Korrespondenz. Als sensationell werden Debords unveröffentlichte Kommentare zu Hegel, Clausewitz und Machiavelli bezeichnet. Auch mit den Aufzeichnungen seiner Träume wäre leicht ein faszinierendes Buch zu machen. Sein Schreibstisch und seine Brille sind ebenfalls erhalten – und im Preis inbegriffen.

Doch der Nachlass darf Frankreich nicht verlassen. Bruno Racine, Direktor der Bibliothèque Nationale de France (BNF), hat die Politiker wachgerüttelt. Wenige Tage vor der Vergabe der französischen Filmrechte, bei der sie zugegen war, hat Kulturministerin Christine Albanel einen Erlass unterzeichnet, der bereits im „Journal officiel“ veröffentlicht worden ist. Guy Debord wurde zum nationalen Kulturgut erklärt, zum „trésor national“. Noch nie, so freut sich Bruno Racine, geschah dies mit einem Schriftsteller, „der uns so nahe ist“. Zumindest zeitlich. Racine verspricht, mit dem Schatz genauso gut umzugehen wie die Yale University. Dreißig Monate hat der Staat jetzt Zeit, um mit der Witwe zu verhandeln und die Modalitäten zu regeln.

Düpiert fühlen sich die Amerikaner, Alice Debord und die Freunde des Situationisten, der sich als Feind der Gesellschaft bezeichnete, ihre Zerstörung propagierte und jetzt von ihr unter kulturellen Heimatschutz gestellt wird. Aber zumindest einen hätte das alles nicht weiter erstaunt, den Theoretiker Guy Debord. „Man weiß“, schrieb er einst, „dass diese Gesellschaft des Spektakels mit ihren erklärtesten Feinden eine Art Frieden schließt und sie in ihre Show integriert.“ JÜRGE ALTWEGG

Der Fetischcharakter des dialektischen Arguments

Eine Studie über Georg-Lukács-Raubdrucke und ihre Wirkung auf die studententbewegte Zeit

„Genossen, wer Euch für diese Broschüre mehr als DM 3,50 abknöpft, ist ein Ausbeuter“ steht in krakeliger Handschrift auf dem Kartonumschlag des Heftchens. Daneben schlägt eine gebaltete Faust dem Leser entgegen. Die zerfledderten Seiten müssen schon in vielen Lederjackentaschen gesteckt haben, davon zeugen der Rotweinfleck, die Tabakkrümel und ein einzelnes, zu langes Haar. Der Eindruck, das Heftchen sei reine Vergangenheit, wird bestärkt durch die Bezeichnung, die es sich selbst gibt: Es ist ein „sozialisierter Druck“ von 1969. Eigendruck galt damals als das Gegenteil von Diebstahl.

Die Frage, warum man die Fossilien der sechziger Jahre ausgräbt, erscheint müßig in einer Zeit, in der einfache Vergangenheit schnell zur Memorialkultur oder zum Retroschlagwerd. Aber wozu werden jetzt, wo die Bewegungen

um 1968 Geschichte sind, Raubdrucke des marxistischen Literaturtheoretikers Georg Lukács aus der Versenkung geholt? Das hat Albrecht Götz von Olenhusen getan und die Ergebnisse in einer Studie zur „Rezeption von Lukács' Werken durch Raubdrucke der Studentenbewegung“ vorgelegt (in: „Lukács und 1968. Eine Spurensuche“, herausgegeben von Rüdiger Dannemann, Aisthesis Verlag, 2009).

Die Art und Weise, in der die Schriften von Lukács in den kurzen, aber explosiven Jahren zwischen 1967 und 1969 in der linken Szene verbreitet und aufgenommen wurden, spiegelt den Konflikt zweier Interessen: Erkenntnis und Kapital. Olenhusen zeigt Lukács als Autor, der in den „Subversivdruckern“ zwar einen „interessanten Kleinwiderspruch im Großkapitalismus“ sah, aber über die illegalen Neu-

drucken seiner eigenen Schriften nicht immer glücklich gewesen ist – Autorschaft ist Druckherrschaft –, auch wenn die Raubdrucke, ganz wie im Fall der Frankfurter Schule, wesentlich zur Verbreitung seiner Gedanken beitrugen. Werke wie „Organisation und Partei“ wurden für ein Drittel des Originalpreises auf dem Untergrundmarkt gehandelt, und das in beachtlicher Anzahl: „Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik“ wurde 1967 in zweitausend Exemplaren und kurz darauf in dritter und vierter Auflage von je tausend Exemplaren verbreitet.

Doch vielsagender als der nüchterne Überblick über die wichtigsten Lukács-Raubdrucke sind die Einsprengel einer Rahmenerzählung, die Olenhusens Studie gelangt: die Geschichte der provinzielleren Ränder dieses untergegangenen lin-

ken Milieus. So beschreibt Olenhusen, wie er aus Hannover zu einer konspirativ verabredeten Betriebsbesichtigung einer „kleinen und handwerklich wie ästhetisch herausragenden Raubdruckerei“ auf dem Dorf fuhr, an Nachdruckinteressierte trotzstische Schausteller traf oder auf eine schabige Reisetasche stieß, in der sich nichts außer einer Kiste Havanna-Zigarren und „zwei in rote Kartongabe gebundene Ausgaben von Georg Lukács“ befanden.

Vielleicht wäre also einundvierzig Jahre nach 1968, genau hier anzusetzen: an der Beschaffenheit des flächendeckenden Interesses für den Typus des Raubdrucks. Denn Olenhusens Untersuchung verdeutlicht, wie stark die Drucke inhaltlich an gerade aktuellen Debatten orientiert waren und wie groß ihr Anspruch war, das für „die Diskussionen“ nötige Materi-

al billig und schnell verfügbar zu machen. Immerhin: Das waren Zeiten, in denen Sozialtheorien, Ästhetiken und Geschichtsphilosophien schnell gelesen werden wollten, weil sie als unentbehrliche Munition im Diskussionsalltag galten. Wissenschaftlich ernst genommen wurden die Raubdrucke bislang kaum, und in den offiziellen Bibliographien zu Lukács' Werk tauchen sie nicht auf. Ob das die Rache des kapitalistischen Systems ist, oder schlicht daran liegt, dass die rasch zusammenkopierten Drucke sich durch ihre mäßige Qualität ins rezeptionsgeschichtliche Aus katastrophierten, sei dahingestellt. Denn vielleicht ist eine wissenschaftliche Theorie zu dieser Epoche auch gar nicht möglich: allein weil die Rezeption von Lukács damals oft so realitätstrücker war, wie heute die raubgedruckten Heftchen wirken. MARA DELIUS